

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 27 (2007)  
**Heft:** 53  
  
**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** [s.n.]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Editorial

In Afghanistan ist nach sechs Jahren „Operation Enduring Freedom“ die Taliban-Bewegung vom Süden aus im Vormarsch. Und im Irak ist nach vierjähriger Besatzung durch USA und Grossbritannien ein Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten Sunniten, Schiiten und Kurden im Gange, der zu einer Dreiteilung des Landes führen könnte. Als Öl-Schutzmacht verfolgen die auf 160'000 SoldatInnen aufgestockten US-Streikräfte und zahlreiche Privatarmeen ihr Ziel weiter: die „Sicherheit Iraks“. Und unge löst bleibt auch nach der Friedenskonferenz von Annapolis der Israel-Palästina-Konflikt.

Bei der Militarisierung der EU, die im Gefolge der NATO-Interventionen im ehemaligen Jugoslawien der 90er Jahre beschleunigt wurde, spielt die deutsche Bundeswehr eine immer gewichtigere Rolle. Als Bündnispartner der USA kämpfen 3'200 deutsche Soldaten in Nordafghanistan „für Freiheit und Demokratie“ – getreu nach der Devise des ehemaligen sozialdemokratischen Verteidigungsministers Peter Struck, am Hindukusch werde auch „unsere Sicherheit“ verteidigt. Grundgesetzwidrig werden Militär und Krieg wieder zum Mittel der Aussenpolitik.

Die Fiktion einer liberalisierten, offenen Weltwirtschaft ist längst desavouiert durch die Realität neuer Weltordnungskriege. Der imperialistische Anspruch der politisch-militärischen und wirtschaftlichen Machtzentren tritt dabei umso deutlicher zutage. Ihre Exponenten propagieren ganz offen neokoloniale Ausbeutungsstrategien. Als nach wie vor potenteste Wirtschaftsmacht geraten die USA im verschärften Weltwirtschaftskrieg um knapper werdende Ressourcen zusehends in Konflikt mit Russland und den nachwachsenden Weltmächten China und Indien. Mit dem grössten Militär- und Nuklearpotential sind die USA zugleich treibende Kraft der globalen Rüstungsdynamik, von der auch die Schweizer Rüstungsindustrie profitiert.

Die Terrorismusbekämpfung hat in den USA genauso wie in den EU-Staaten und in der Schweiz die Politik einer polizeilichen und militärischen Logik unterworfen. „Terrorabwehr“-Gesetze weiten die Aufgaben von Militär und Polizei im „Präventionsstaat“ laufend aus. Kompetenzabgrenzungen zwischen innerer und äusserer Sicherheit verwischen; „Feindstrafrecht“, „Rettungsfolter“ und „Target Killing“ werden öffentlichkeitswirksam thematisiert. Nach Guantánamo werden weitere Tabubrüche folgen. Der dramatisierende „Sicherheits“-Diskurs stellt Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Grund- und Freiheitsrechte sowie der Menschenrechte und des Völkerrechts infrage – auf Kosten friedenspolitischer Strategien und Projekte.

Dezember 2007

Die Redaktion